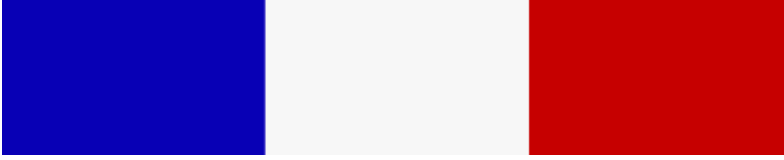


REPUBLIKANER GRATULIEREN LE PEN



Frankreich hat gewählt und die Ergebnisse der ersten Runde liegen vor. Hiernach hat Macron rund 24 Prozent und die stärkste Gegenkandidatin Le Pen knapp 22 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Le Pen schnitt damit wesentlich besser ab als vor fünf Jahren, als sie im ersten Wahlgang 17,9 Prozent der Stimmen geholt hatte.

In einer ersten Reaktion gratulierte der REP-Bundesvorsitzende Krieger der französischen Politikerin Le Pen zum Wahlerfolg. Es bleibt nunmehr zu hoffen, dass in der Stichwahl der Gegenkandidat noch eingeholt werden kann. Ein solcher Wahlsieg würde in Europa zu einem zweiten politischen Erdbeben führen.

30 PROZENT DER GEFÄHRDERTEN SIND TÜRKEN

In Deutschland leben mehr als 100 ausreisepflichtige Gefährder. Über 30 Prozent seien türkische Staatsangehörige. Bisher wurden erst 13 islamistische Gefährder seit Anfang 2017 in ihre Heimatländer abgeschoben, davon 7 nach Tunesien. Das Bundesinnenministerium berichtete jedoch nur von 10 Abschiebungen seit Jahresbeginn. Das Bundesinnenministerium zählt derzeit 950 islamistische Gefährder und als ähnlich gefährlich betrachtete «relevante Personen» aus deren Umfeld.

Doch nur die gut 100 Personen können abgeschoben werden. Denn rund zwei Drittel der Gefährder und relevanten Personen sind nach Angaben des Ministeriums deutsche Staatsbürger oder andere EU-Bürger. Von den Verbleibenden ist wiederum nur ein Drittel ausreisepflichtig.

Mehrere der aus Deutschland abgeschobenen Tunesier seien nach ihrer Rückkehr wegen Terrorverdachts inhaftiert worden, sagte der Sprecher des auf Terrorfälle spezialisierten Gerichts in Tunis, Sofiane Sliti, am Samstag der Deutschen Presse-Agentur. Seinen Angaben zufolge wird gegen etwa zehn Personen ermittelt. Sie befänden sich wegen möglicher Verbindungen zu Terrororganisationen in Haft.

Deutschland und Tunesien hatten sich nach dem Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt auf schnellere Abschiebungen in das nordafrikanische Land geeinigt. Mitte Dezember hatte der Attentäter Anis Amri in Berlin zwölf Menschen getötet. Der Asylantrag des Tunesiers war abgelehnt worden. Er konnte aber nicht abgeschoben werden, weil tunesische Behörden die Papiere dafür nicht rechtzeitig bereitgestellt hatten.

Damit setzt sich das Chaos fort, welches über unser Land eingebrochen ist. Die Folgen der grenzenlosen Zuwanderung führten nicht nur dazu, dass Milliarden für eine vermeintliche Integration notwendig sind, sondern auch zur weiteren Schwächung der inneren Sicherheit. Kaum ein Land ging derart rücksichtslos mit den Belangen der eigenen Bürger um, wie Deutschland. Und diese Politik setzt sich fort.

FREILASSUNG WEGEN ÜBERFÜLLTER ABSCHIEBEGEFÄNGNISSE

Die Masseneinwanderung ist bereits kostspielig, aber auch die Abschiebungen sorgen für große Probleme, denn viele abgelehnte Asylanten verlassen unser Land nicht freiwillig. Restlos überfüllt sind die Abschiebehaftanstalten in NRW. Die Situation ist derart brisant, dass inzwischen Personen aus der Haft wieder entlassen werden, wie in dem Fall eines mehrfach verurteilten, abgelehnten Asylbewerbers. Der 23-Jährige hatte demnach wegen einer Sexualstraftat fünf Jahre lang im Gefängnis gesessen. Anschließend musste er Deutschland verlassen, reiste aber illegal wieder ein, wie das Thüringer Landesverwaltungsamt bestätigte. Einem Bericht der „Thüringer Allgemeinen“ zufolge hielt sich der 23-Jährige zuerst im Freistaat auf, tauchte jedoch ab und trat erst wieder in Nordrhein-Westfalen in Erscheinung.

Dort wurde er vor einigen Wochen in Leverkusen von der Polizei festgenommen. Jedoch: Nach kurzer Zeit musste er wieder auf freien Fuß gesetzt werden – denn die zentrale Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige war komplett belegt. Dies bestätigte die Stadt. Damit nicht genug: Es gab offenbar auch keine alternativen Unterbringungsmöglichkeiten. In internen E-Mails, die beiden Zeitungen vorliegen, schildert eine Sachbearbeiterin der Ausländerbehörde des Landkreises Gotha den Fall und fragt das übergeordnete Landesverwaltungsamt, wie sie in solchen Angelegenheiten künftig verfahren solle. Weiter schrieb die Sachbearbeiterin, dass ihrer Behörde mitgeteilt wurde, „dass die umliegenden Abschiebehaftanstalten restlos überbelegt“ gewesen seien. Nur im 300 Kilometer entfernten Pforzheim hätte es noch einen freien Platz gegeben. Doch dorthin sei kein Transport möglich gewesen. So hätte der Mann freigelassen werden müssen, „obwohl er ein abgelehnter Asylbewerber ist, der sich bereits einer Abschiebung entzogen hat und zudem noch Mehrfachstraftäter ist“. Wo sich der Mann nun aufhält, konnte den Berichten zufolge keine Behörde mitteilen.

TERRORGEFAHR AUS DER LUFT

Die Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland mit Drohnen wird nach Meinung von Fachleuten unterschätzt. Inzwischen verfügen die Terroristen über beste technische Voraussetzungen, die auch neue Anschlagarten ermöglichen. So gebe es bisher rund um Flughäfen, für Massenveranstaltungen, wie Fußballspiele oder große Open-Air-Konzerte keine Schutzmaßnahmen, obwohl moderne Abwehrsysteme existierten.

Auch das Bundeskriminalamt sieht auf Anfrage Bedrohungsszenarien „bis hin zu terroristischen Anschlägen“. Es erklärt dazu: „Die Strafverfolgungsbehörden entwickeln im engen Austausch mit Forschung und Wirtschaft gemeinsame Lösungen.“ Hierzu sei im BKA eine zentrale Stelle eingerichtet worden, die unter anderem Marktbeobachtungen vornehmen und Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten koordinieren würde, um Erkenntnisse der Länder und des Bundes zur Detektion und Abwehr von Drohnen zu bündeln.

Deutschland REP-ORT

DIE KURZ UND BÜNDIG

AUFRUF ZUR WAHLKAMPF -UNTERSTÜTZUNG IN NRW



Am 14. Mai 2017 finden in Nordrhein-Westfalen wieder Landtagswahlen statt. Es ist wichtig, dass wir im Interesse unserer Bürger gut anschneiden, denn besonders heutzutage ist es notwendiger denn je, dass wieder eine echte freiheitliche Kraft in unserem Land stärker wird. Sollten Sie daher mit uns plakatieren, Flugblätter verteilen, an Informationsständen mitwirken oder unseren Wahlkampf mit einer Spende unterstützen wollen, dann senden Sie

uns bitte eine E-Mail oder rufen Sie uns an: kontakt@rep-nrw.de bzw. 0211-995 479 03

Die Termine der Kundgebungen sowie die Wahlprogramme und weitere Informationen sind auf der Landesseite unserer Partei in NRW abrufbar: <https://www.rep-nrw.de/landtagswahl/>

ERSTE KUNDGEBUNGSDATEN VERÖFFENTLICHT

Zum Verlauf des Landtagswahlkampfes in NRW führt der dortige Verband auch 35 öffentliche Kundgebungen durch. Wir freuen uns Ihnen heute die ersten drei Termine mitzuteilen:

- 27.04.17, um 10.00 Uhr**
Recklinghausen, Löhrhof 8, neben der City Arcaden.
- 27.04.17, um 13.00 Uhr**
Herne, Robert-Brauner-Platz, 44623 Herne.
- 27.04.17, um 16.00 Uhr**
Gelsenkirchen, Heinrich-König-Platz- Gelsenkirchen.
- 29.04.17, um 10.00 Uhr**
Krefeld, Hochstraße/Neumarkt vor der Galeria Kaufhof.
- 29.04.17, um 13.00 Uhr**
Mönchengladbach - Alter Markt 49, 41061 Mönchengladbach
- 29.04.17, um 16.00 Uhr**
Grevenbroich - Südwall 14, 41515 Grevenbroich

ES WIRD GEBAUT, ABER FÜR ASYLANTEN

Quer durch unser Land herrscht rege Baufreude. Bezahlbarer Wohnraum muss her, in großem Umfang. Dabei gibt es eine besondere Zielgruppe: Asylbewerber. Während viele Bürgerinnen und Bürger verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen, wird dieser nun für die Neubürger geschaffen. Dabei werden keine Kosten und Mühen gescheut. So darf aktuell u.a. die Bevölkerung in Hilden bewundern, was die Stadt in kurzer Zeit leisten kann. 5 Häuser müssen noch hergerichtet werden. Das kostet rund 250.000 Euro, schätzt die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die beteiligt ist. Hilden hat aktuell knapp 600 Asylsuchende aufgenommen und rund 20 konnten in Wohnungen vermittelt werden. Diese Zahl soll jetzt gesteigert werden. Gleiche Situationen finden sich u.a. in Düsseldorf und anderen Städten. Es wird gebaut und für einen langfristigen bis dauerhaften Aufenthalt geplant.

WERDEN SIE JETZT REPUBLIKANER!

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Sie sind dann Republikaner und Teil der Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt.



Einen Aufnahmeantrag können Sie online hier abrufen oder das Formular auf Seite 4 verwenden: <http://www.rep.de/mitglied-werden>.

Spenden für
Deutschland >



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.d.P.: Kevin Krieger

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Politischer Stammtisch am 27.04 in Bruchsal, um 18.00 Uhr und am Sonntag, den 30.04, um 10.00 Uhr, in Wiesental. Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Jeden Monat links- und rechtsrheinisch zwei Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Interessierte könnten sich über nrw@rep.de melden
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 06. April 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Interessenten können Sie über Email bei uns melden: nrw@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post

Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

| Aufnahmeantrag angenommen | | | | Interne Bearbeitung |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr. |